

POLITIK

Hau den Oskar, schlag die Kipping

Von Marcel Leubecher | Stand: 13.10.2017 | Lesedauer: 3 Minuten

Wegen ihrer Migrationspolitik stürzt die Linke bei den Wählern ab. Lösungen gibt es viele

Es wird spannend“, heißt es in der Linkspartei über die Klausurtagung der Fraktion, die am Dienstag in Potsdam beginnt. Zwar werden wohl die Fraktionsvorsitzenden Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch von den Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger zur Wiederwahl vorgeschlagen und gewählt, doch in der zweiten Reihe kündigen sich Veränderungen an.

Die ersten stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Heike Hänsel und Jan Korte wackeln, weil sie aus Sicht der Parteiführung den ohnehin großen Einfluss von Wagenknecht und Bartsch weiter ausbauen. Vor allem könnte aber der in der Partei hochgeschätzte Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn wohl demnächst sein Amt abgeben. Zwar dementierte die Parteivorsitzende Katja Kipping einen entsprechenden Bericht des „Tagesspiegels“, doch aus Parteikreisen heißt es, Kipping und Riexinger seien verärgert, dass Höhn in seiner Funktion als Wahlkampfleiter zu stark auf die Spitzenkandidaten Wagenknecht und Bartsch gesetzt habe.

Höhn selbst dementiert die Berichte über seinen anstehenden Rückzug nicht und auch nicht den kolportierten Auslöser, dass Kipping und Riexinger ihm in einer Vorstandssitzung vorwarfen, sie nicht öffentlich gegen die wuchtige Kritik von Oskar Lafontaine verteidigt zu haben. Der ehemalige Bundesvorsitzende hatte zwei Tage nach der Bundestagswahl die schwindende Zustimmung der Linkspartei unter

Arbeitern und Arbeitslosen, vor allem im Osten, auf die „verfehlte“ Flüchtlingspolitik der Partei unter den Vorsitzenden Kipping und Riexinger zurückgeführt.

Schon am Wahlabend hatte Lafontaines Ehefrau, Sahra Wagenknecht, die sich mit Blick auf die Migrationspolitik im Wahlkampf jede Abweichung von der Parteilinie verkniffen hatte, kritisiert, die Partei habe „auch vielleicht bestimmte Probleme ausgeklammert, in der Sorge, dass man damit Ressentiments schürt“. Damit habe man es „am Ende“ der AfD überlassen, „bestimmte Dinge anzusprechen, von denen die Menschen einfach erleben, dass sie so sind“. Am Morgen nach der Wahl empfahl sie ihrer Partei, noch einmal nachzudenken, ob wirklich jeder, der wolle, nach Deutschland kommen dürfe.

Seither brodeln die im Wahlkampf erfolgreich unter dem Deckel gehaltene Konflikte über die Migrationspolitik. Die parteinahe Tageszeitung „Neues Deutschland“ veröffentlicht fast täglich lange Debattenbeiträge, die den aktuellen Kurs der Partei verteidigen. Darunter etwa die migrationspolitische Sprecherin der sächsischen Linken Juliane Nagel, die Wagenknecht und Lafontaine vorwirft, „zu marodieren“. Die „zwei wirkungsmächtigen Akteure“ täten das, „was sie immer machen: Die Wahlergebnisse schlechtreden und eine national-keynesianistische Linie, die auf deutsche Wertarbeit und Abschottung orientiert, in Stellung bringen.“

Bisheriger Höhepunkt der Debattenreihe für die Politik der offenen Grenzen bildet die Abrechnung des Kipping-Vertrauten Stephan Lessenich. Der renommierte Soziologieprofessor beobachtet ganz und gar „Rassismus im Lafontaineschen Wagenknechtment“. Er bedauert, dass „als Spitzenkandidat/innen der Linken nicht etwa die ausgleichend-harmonisierenden Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger zur Wahl antraten, sondern die ungleichen, aber gleichermaßen machtbewusst-zielstrebigen Dietmar Bartsch und Sahra Wagenknecht gemeinsam vorpreschen konnten“. Er vermutet, „dass man mit Frau Wagenknecht“ eine „Persönlichkeit zur Hand hatte, die mit ihrem offenen Plädoyer für einen nationalsozialen Kurswechsel in der deutschen Politik insbesondere im Osten der Republik die Stimmen der politisch Unzufriedenen und Entwöhnten einsammeln

könne“. Lessenich beginnt „zu glauben, dass auch all die Wagentaines und Lafonknechts in der Linken und um die Linke herum nicht sauer sind, sondern Rassisten“.

Derzeit sieht es aber so aus, als ob die Befürworter der Politik der offenen Grenzen die Oberhand behalten. Wie die Grünen möchte die Linkspartei im Grunde keine Steuerung der Zuwanderung, sondern konzentriert sich auf Vorschläge zur Fluchtursachenbekämpfung und Ausweitung der Bleiberechte. Die Partei möchte „Kriege und Armut überwinden, gerechte Lebensverhältnisse schaffen und offene Grenzen für alle Menschen“. Viele Beobachter sehen darin den Hauptgrund für den Absturz unter den Stammwählern.

© WeltN24 GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Ein Angebot von WELT und N24.

© WeltN24 GmbH

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/169597210>